Arbeitsschutz stärken, Leistungsfähigkeit sichern, Mythen korrigieren: Kritik an Debatte um Arbeitszeitgesetz



Stellungnahme der Initiative Arbeits- und Organisationspsychologie Gesundheit und Arbeitssicherheit (AOP-GA) der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs), des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP), und des Fachverbandes Psychologie für Arbeitssicherheit und Gesundheit (PASiG) zur aktuellen Debatte um die geplanten Änderungen beim Arbeitszeitgesetz.

In der politischen und medialen Debatte zu Lösungsansätzen im Zusammenhang mit den aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland hat die Bundesregierung eine Lockerung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) ins Spiel gebracht. Eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten soll einer vermeintlich sinkenden Arbeitsmoral sowie kontinuierlich steigenden Krankheitstagen und damit einer sinkenden Leistungsfähigkeit und einer weiteren Zuspitzung des Fachkräftemangels entgegenwirken. Konkret geht es um längere tägliche Arbeitszeiten sowie eine Abkehr vom Achtstundentag zugunsten einer reinen Wochenhöchstarbeitszeit.

Die Initiative AOP-GA beobachtet diese Entwicklung mit großer Irritation und zunehmender Sorge. Die von der Politik herangezogenen Begründungen für etwaige gesetzliche Regelungen stehen nicht im Einklang mit der aktuellen Forschung sowie konsolidierten Leitlinien, die den langfristigen Erhalt der Arbeitsfähigkeit im Blick haben. Gesetzesvorschläge entsprechender politsicher Akteure schwächen nicht einfach nur den Arbeitsschutz, sie verschärfen vor allem genau die Probleme, die sie eigentlich lösen sollen.

"Empirische Forschung liefert wichtige Kriterien, um die Folgen politischer Entscheidungen abschätzen zu können", betont DGPs-Vizepräsidentin Prof. Dr. Annette Kluge. "Deshalb sollte auch die politische Debatte über Arbeitszeiten konsequent Erkenntnisse aus der arbeits- und organisationspsychologischen Forschung einbeziehen"

Aus Sicht der Initiative AOP-GA stellt das Arbeitszeitgesetz einen notwendigen arbeitsschutzrechtlichen Mindeststandard dar und fördert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Eine Absenkung bestehender arbeitszeitrechtlicher Schutzstandards birgt das Risiko, gesundheitliche Beanspruchungen zu erhöhen und damit Folgen wie psychische Erkrankungen, Fehlzeiten, Fluktuation und Frühverrentung weiter zu verstärken.

Für die Motivation und Leistungsbereitschaft sowie auch langfristige Leistungsfähigkeit von Arbeitenden braucht es ein gut gestaltetes Arbeitsumfeld. Die geplanten Änderungen beim Arbeitszeitgesetz bedeuten hingegen das genaue Gegenteil ? eine klare Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Wirksamer und wirtschaftlich nachhaltiger - also auch im Sinne der ursprünglichen Zielsetzung der Debatte um Änderungen beim

Arbeitszeitgesetz - wären präventive Maßnahmen, menschgerechte Arbeitsbedingungen mit positiv gestalteten Belastungsfaktoren sowie eine entsprechend motivierende und unterstützende Führung von Mitarbeitenden.

Die Initiative AOP-GA spricht sich daher klar für eine evidenzbasierte politische Debatte, unter Berücksichtigung aktueller psychologischer und arbeitswissenschaftlicher Forschung sowie für den Erhalt bestehender arbeitszeitrechtlicher Schutzstandards auch bei Arbeitszeiten aus.

Stellungnahme:
Die ausführliche Stellungnahme steht hier als pdf-Datei zum Download bereit:
https://www.dgps.de/schwerpunkte/stellungnahmen-und-empfehlungen/stellungnahmen/details/praevention-staerken-leistungsfaehigkeit-sichern-mythen-korrigieren/